

Postulat Fraktion SP (Rithy Chheng) vom 19. September 2013: Wohnen bei Seniorinnen und Senioren - Schaffung einer Vermittlungsstelle gegen Wohnungsnot und Einsamkeit (2015.SR.000116)

An der Stadtratssitzung vom 12. März 2015 wurde die folgende Motion in ein Postulat umgewandelt und vom Stadtrat mit 47 Ja, 20 Nein, 1 Enthaltungen als solches erheblich erklärt:

In Stadt und Agglomeration leben immer mehr ältere Menschen alleine; einige von ihnen in Wohnungen und Häusern, die für sie zu gross geworden sind. Viele haben den Wunsch nach Unterstützung im Haus oder Garten, beim Einkaufen, als Begleitung zum Arzt oder zu kulturellen Veranstaltungen. In Bern herrscht Wohnungsnot. Vor allem Studierende suchen dringend bezahlbaren Wohnraum und wären bereit, kleinere Hilfeleistungen für Seniorinnen und Senioren zu erbringen. Die Idee des Angebots „Wohnen für Hilfe“ von Pro Senectute des Kantons Zürich ist einfach: Ältere Menschen stellen Wohnraum zur Verfügung, der nicht mit Geld bezahlt wird, sondern mit Unterstützung im Alltag. Das Spektrum der individuell vereinbarten Dienstleistungen ist breit. Das kann Hilfe beim Einkaufen sein, im Haushalt, Mitgehen zum Arzt, Vorlesen oder einfach einige gemeinsame Mahlzeiten oder Fernsehende. Ausgeschlossen sind pflegerische Leistungen. Vorteile gibt es für beide Beteiligten. Die Seniorinnen und Senioren sind weniger einsam und können sich auf Unterstützung verlassen. Die Jungen erhalten ein günstiges oder gar kostenloses Zimmer und leben in einem familiären Umfeld mit der älteren Generation.

Dieses Wohnmodell wird in mehreren deutschen Universitätsstädten seit längerem mit Erfolg durchgeführt und leistet einen wichtigen Beitrag für ein neues Generationenverständnis. Die Erfahrungen in Deutschland haben zudem gezeigt, dass die Einrichtung einer Vermittlungs- und Kontaktstelle notwendig ist. Seit 1. Juni 2009 besteht beim Dienstleistungszentrum Stadt Zürich der Pro Senectute Kanton Zürich eine solche Stelle. Sie informiert und berät interessierte ältere Menschen und Studierende, stellt mögliche Wohnpartnerschaften zusammen und begleitet bestehende. Zu Beginn führt die Kontaktstelle mit den Beteiligten ein Gespräch, um die gegenseitigen Erwartungen und Wünsche in Erfahrung zu bringen, welche später in einer schriftlichen Vereinbarung festgehalten werden können. Als Faustregel gilt: eine Stunde Hilfe im Monat pro Quadratmeter Wohnraum. Die erbrachten Dienstleistungen werden monatlich schriftlich protokolliert. Bei Missverständnissen oder Konflikten kann die Kontaktstelle beratend und vermittelnd zur Verfügung stehen.

Der Motionär ist der Ansicht, dass mit der Schaffung einer solchen Vermittlungsstelle gegen die Wohnungsnot und Einsamkeit vorgegangen werden kann.

Der Gemeinderat wird gebeten, eine Vermittlungsstelle zu schaffen, welche die Idee „Wohnen für Hilfe“ verfolgt. Ob die Stadt dabei auf eine Kooperation mit anderen Institutionen wie Pro Senectute setzt oder selber eine Vermittlungsstelle schafft, bleibt ihr freigestellt.

Bern, 19. September 2013

Erstunterzeichnende: Rithy Chheng

Mitunterzeichnende: Thomas Göttin, Michael Sutter, Lena Sorg, Lukas Meier, Marieke Kruit, Silvia Schoch-Meyer, Hasim Sönmez, Patrizia Mordini, Gisela Vollmer, Benno Frauchiger, Stefan Jordi, Annette Lehmann, Halua Pinto de Magalhães, Bettina Stüssi, David Stampfli, Katharina Altas, Peter Marbet, Ursula Marti, Yasemin Cevik

Bericht des Gemeinderats

Der Vorstoss verlangt die Einführung einer Vermittlungsstelle gegen die Wohnungsnot und Einsamkeit. Bereits in seiner Antwort vom 19. März 2014 auf die Motion hat der Gemeinderat auf die finanziellen Konsequenzen der Einführung einer Vermittlungsstelle hingewiesen und sich kritisch zur Machbarkeit auf dem Stadtgebiet Bern geäussert. Grundsätzlich findet der Gemeinderat das Anliegen jedoch sowohl aus alterspolitischen als auch aus wohnpolitischen Überlegungen interessant und deshalb prüfenswert.

Es ist dem Gemeinderat ein Anliegen, dass neue Projektideen auch mit den Partnerorganisationen diskutiert werden und eine allfällige Umsetzung in Kooperation mit Dienstleistenden, die den direkten Zugang zur Zielgruppe haben, angestrebt wird. Bei Interesse einer Partnerorganisation, die sich für die Umsetzung eignet, kann sich die Stadtverwaltung in einer Pilotphase inhaltlich und finanziell über einen beschränkten Zeitraum engagieren. Der Spielraum zur Übernahme neuer Aufgaben durch die Stadtverwaltung ist jedoch sowohl aus personalpolitischen als auch finanzpolitischen Gründen klein; neue Aufgaben müssen im Einzelfall gut begründet sein. Beim vorliegenden Projekt ist die Stadtverwaltung auf Kooperationen angewiesen, da ihr der direkte Zugang zu den Zielgruppen fehlt. Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) hat deshalb Kontakt mit der Pro Senectute Region Bern aufgenommen. Da das im vorliegenden Vorstoss erwähnte Projekt «Wohnen für Hilfe - Generationenübergreifende Wohnpartnerschaften» durch die Pro Senectute Kanton Zürich betrieben wird, bietet sich auch in Bern an, dass sich Pro Senectute Region Bern am Projekt beteiligt. Die Pro Senectute Region Bern sieht jedoch kein genügend grosses Angebot an Wohnraum, der von älteren Personen in der Stadt Bern zur Verfügung gestellt werden kann; die hohen Betriebskosten von über Fr. 50 000.00 pro Jahr für eine Vermittlungsstelle liessen sich so kaum rechtfertigen.

Weiter hat die BSS die StudentInnenschaft der Universität Bern (SUB) als Vertreterin der Studierenden kontaktiert. Diese stellt eine genügend grosse Nachfrage nach Privatzimmern durch Studierende fest. Ihr wurden in der Vergangenheit auch bereits vereinzelt von älteren Personen Zimmer für Studierende angeboten.

Um die Einschätzung der Pro Senectute Region Bern zu überprüfen, hat die BSS im September 2015 eine nicht repräsentative Umfrage bei 177 Seniorinnen und Senioren der Stadt Bern durchgeführt; 113 Personen haben den Fragebogen zurückgesandt. Es hat sich gezeigt, dass sich zwar 46 Personen (40 Prozent der 113 retournierten Fragebogen) durch das Projekt angesprochen fühlen. Jedoch können sich nur 19 Personen (17 Prozent) vorstellen, das Projekt weiterzuverfolgen und evtl. eine Studentin oder einen Studenten aufzunehmen. Als Hauptargument, weshalb das Projekt für die Seniorinnen und Senioren nicht in Frage kommt, wurden zu kleine Wohnungen angeführt; die meisten Personen, die geantwortet haben, wohnen in 2- bis 2½-Zimmer- oder in Alterswohnungen. Dies deckt sich mit der Tatsache, dass 76 Prozent der alleinstehenden Personen und 55 Prozent der Ehepaare über 70 Jahre in der Stadt Bern in Wohnungen mit max. drei Zimmern leben. Nur 17 der Personen, die an der Umfrage teilgenommen haben, erfüllen die ursprüngliche Idee, die dem Zürcher Projekt «Wohnen für Hilfe» zugrunde liegt, d.h. wohnen in einem Einfamilienhaus. Davon können es sich nur drei Personen vorstellen, das Projekt weiterzuverfolgen. Als weitere Gründe, weshalb die Befragten es sich nicht vorstellen können, am Projekt «Wohnen für Hilfe» teilzunehmen, wurde angeführt, dass sie das Bad und die Küche nicht teilen oder dass sie das freie Zimmer für Besuch von Familienmitgliedern oder Freunden freibehalten möchten.

Die vorliegenden Resultate haben Pro Senectute Region Bern in ihrer Meinung bestärkt, dass bei der älteren Bevölkerung in der Stadt Bern zuwenig Nachfrage nach einem solchen Projekt besteht. Diese Einschätzung deckt sich mit den Erfahrungen von Pro Senectute Kanton Zürich, die das Projekt nach der Pilotphase vom Stadtgebiet auf den ganzen Kanton Zürich ausdehnen musste,

um zu einem grösseren Angebot an Wohnraum zu gelangen. Pro Senectute Kanton Zürich stuft trotz grosser Medienpräsenz die Nachfrage von Seniorinnen und Senioren immer noch als gering ein und der Aufwand für Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit wird als hoch beschrieben. Bei solchen - im Grundsatz interessanten und wünschenswerten - Modellen zeigt sich aus Erfahrung immer wieder eine grosse Diskrepanz zwischen interessierten Personen und den Personen, die effektiv mitmachen. Die Pro Senectute Region Bern ist deshalb nicht an einer Umsetzung des Projekts interessiert.

Der Gemeinderat teilt die Meinung der Pro Senectute, dass die Einführung einer Vermittlungsstelle aus den obengenannten Gründen keinem ausgewogenen Kosten-Nutzen-Verhältnis entspricht und aufgrund des mangelnden Angebots auch nicht auf das Stadtgebiet beschränkt werden kann. Er möchte die StudentInnenschaft der Uni Bern (SUB) jedoch gleichwohl bei der Vermittlung von Wohnraum an Studierende unterstützen. Die BSS hat deshalb mit der SUB die Ergebnisse besprochen und Massnahmen erarbeitet. So ist geplant, Seniorinnen und Senioren direkt zu informieren und zu ermuntern, bei freiem Wohnraum mit der SUB in Kontakt zu treten und die Vermietung an Studierende in Erwägung zu ziehen. Ein Versand von Informationsflyern an 2000 Seniorinnen und Senioren der Stadt Bern ist im März 2016, der Versand des Flyers an Quartierzentren und Kirchgemeinden für März/April 2016 vorgesehen. Weiter wird an öffentlichen Auftritten des Alters- und Versicherungsamts auf die Möglichkeit der Wohnraumvermietung hingewiesen und im Mai werden im Stadtanzeiger entsprechende Inserate publiziert. In der Informationsbroschüre «nimmergrün» und auf der gleichnamigen Plattform wird ebenfalls auf die Möglichkeit hingewiesen, ebenso auf den Internetseiten der Stadt Bern und der SUB. Weitere mögliche Informationskanäle, wie der MieterInnenverband, der Hauseigentümerverband, Liegenschaftsverwaltungen und andere werden kontaktiert und mit Informationen bedient.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Da keine Vermittlungsstelle durch die Stadt betrieben oder finanziert wird, entstehen einzig für die Massnahmen zur Unterstützung der SUB einmalige Kosten im Rahmen von rund Fr. 3 000.00. Diese werden durch das Globalbudget der Direktion für Bildung, Soziales und Sport getragen.

Bern, 17. Februar 2016

Der Gemeinderat